

Das Schicksal annehmen und gestalten

Rede von Mary Robinson, anlässlich von 40 Jahren deutscher Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, am 18. September 2013 in Berlin (Auszüge)*

(...) Ich fühle mich geehrt, als Gast eingeladen worden zu sein, um mit Ihnen einen wichtigen Meilenstein in der Geschichte Deutschlands zu begehen – den Beitritt Ihres Landes zu den Vereinten Nationen vor 40 Jahren. Ich weiß von den bevorstehenden Bundestagswahlen, es ist also eine besondere Zeit. Doch ist dies ein Anlass, der alle vereint und auf den alle Deutschen stolz sein können.

Deutschland ist den Vereinten Nationen vergleichsweise spät beigetreten. Seit der Aufnahme, erst als Bundesrepublik und später als vereintes Deutschland, hat es sich die Ziele und Werte der Organisation zu Eigen gemacht. So nahm das Bundeskabinett im letzten Jahr einen Bericht an, in dem die Beziehungen mit den UN eingehend behandelt und die Bedeutung der Organisation für Deutschland unterstrichen wurden.

Deutschland hat bei den Vereinten Nationen eine positive Bilanz vorzuweisen. Es hat die Organisation fortwährend unterstützt und an allen ihren Aktivitäten teilgenommen – etwa in den Bereichen Friedenssicherung, Konfliktbewältigung, Entwicklungshilfe, Abrüstung sowie in vielen anderen Bereichen der multilateralen Zusammenarbeit. Als drittgrößter Beitragszahler haben Ihre finanziellen Leistungen, die an entwicklungspolitische UN-Organe gezahlt wurden, das Leben von Millionen von Menschen verbessert; Ihre Soldaten sowie Polizistinnen und Polizisten waren an schwierigen UN-Missionen beteiligt. Deutschland wurde viermal in den UN-Sicherheitsrat gewählt, zuletzt für die Jahre 2011/2012, und war Mitglied in den Exekutivräten verschiedener Programme wie UNICEF, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR).

Deutschland und mein eigenes Land, Irland, fühlen sich den Vereinten Nationen besonders verpflichtet. Diese Verpflichtung ist eine Säule der Außenpolitik in beiden Ländern. Doch es ist mehr als nur ein Teil unserer außenpolitischen Interessen. Unsere beiden Länder sind davon überzeugt, dass eine friedliche, stabile und gerechte Welt am besten erreicht werden kann, wenn Regierungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zusammenarbeiten.

Es wird Sie also nicht überraschen, wenn ich Deutschland dazu aufrufe, sein Engagement aufrecht zu erhalten und zu intensivieren. Deutschland ist heute ein viel stärkeres Land, wirtschaftlich und politisch, und ist aus dem Schatten seiner Vergangenheit getreten. Ich möchte Ihnen einige ermutigende Worte des irischen Nobelpreisträgers Seamus Heaney (um den wir heute noch trauern) übermitteln. Seine Worte haben mich inspi-

riert seit dem Tag, an dem ich mein Amt als Präsidentin Irlands niederlegte, um meinen Posten als Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte am 12. September 1997 anzutreten. Seamus hatte es so eingerichtet, dass mir am Flughafen eine Sonderausgabe des Buches ›The Golden Bough‹ (Der Goldene Zweig von J. G. Frazer) übergeben wurde, mit folgender Widmung: ›To Mary, Whom fate keeps calling, A golden bough – ›Take hold of it boldly and duly‹‹ (An Mary, die das Schicksal ruft, Ein goldener Zweig – ›Ergreife ihn, wie sich's gebührt‹).

Diesen Auszug, den Seamus auf mein Leben bezogen hat, widme ich nun dem heutigen Deutschland, dessen Schicksal es ist, in den nächsten Jahren eine zukunftsweisende Führungsrolle sowohl innerhalb eines problembehafteten Europas als auch in der Welt auszuüben. (...)

Blicken wir zurück auf die vergangenen 40 Jahre, so können wir sowohl positive als auch negative Entwicklungen feststellen. Besonders positiv ist, dass die europäischen Konflikte, die während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts solch verheerende Auswirkungen hatten, sich nicht wiederholt haben – abgesehen von dem tragischen Balkan-Konflikt. Europa konnte sich über die längste ununterbrochene Friedensphase überhaupt freuen.

Doch andernorts finden weiterhin Konflikte statt. Die Hoffnungen auf eine friedlichere Welt, die besonders zu Beginn des Jahrtausends groß waren, wurden zunichte gemacht. Trotz aller Versprechungen, die extreme Armut zu beseitigen, lebt immer noch fast eine Milliarde Menschen in Armut.

Heute beschäftigt uns vor allem der Nahe Osten, sind wir doch Zeugen eines blutigen Aufstands gegen eine Regierung in Syrien, die bereit ist, zehntausende Menschen der eigenen Bevölkerung zu töten. Hinzu kommt das akute Problem des Einsatzes chemischer Waffen. Umbrüche in Ägypten und Libyen sowie in weiteren Teilen Nordafrikas haben das Leben unzähliger Menschen gekostet und zu mehr Instabilität geführt. Wir haben uns an die Berichte über explodierende Autobomben und Tötungen in Irak und Afghanistan bereits so sehr gewöhnt, dass die Geschehnisse dort kaum noch Schlagzeilen machen.

Derzeit wüten zahlreiche Konflikte in Afrika, von denen die meisten aus dem Blickfeld der restlichen Welt geraten sind. Lassen Sie mich Ihnen Einblicke in die gegenwärtigen Konflikte der afrikanischen Region der Großen Seen geben. Diese erzählen nämlich auch die persönliche Geschichte meiner Zusammenarbeit mit einem beeindruckenden deutschen Staatsbürger, mit

Martin Kobler. Wir beide wurden erst kürzlich für unsere UN-Ämter ernannt. Ich bin die Sondergesandte des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen; Martin Kobler ist der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der dortigen UN-Friedensmission MONUSCO. Im Februar dieses Jahres unterzeichneten elf afrikanische Staatshäupter ein wichtiges Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo mit den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen Afrikas sowie der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas als Garant. Kurz darauf verabschiedete der UN-Sicherheitsrat Resolution 2098, mit der eine Eingreiftruppe zur Unterstützung der MONUSCO eingerichtet wurde.

Martin Kobler trat sein Amt im August an und sah sich gleich darauf mit einem Anschlag der Rebellengruppe M23 in Goma konfrontiert, bei dem das Hauptquartier der MONUSCO mit Raketen beschossen wurde. Um die Bevölkerung und das UN-Personal zu schützen, befahl er der MONUSCO und der Eingreiftruppe, sich mit den Streitkräften Kongos, der FARDC, zusammenzuschließen. Gemeinsam drängten sie die M23 in Gebiete zurück, die außerhalb der Raketenreichweite lag, was einen weiteren Beschuss Gomas unmöglich machte.

Währenddessen – ich blieb in dieser Zeit in engem Kontakt mit Martin – arrangierte ich ein Treffen von Sondergesandten: des Sondergesandten der USA, Senator Russ Feingold, des Sonderbeauftragten der Afrikanischen Union, Botschafter Boubacar Diarra, und des hochrangigen Koordinators der Europäischen Union, Botschafter Koen Vervaeke. Zu fünft reisten wir nach Kinshasa, um mit einer Stimme mit den Regierungsvertretern vor Ort zu sprechen, und reisten anschließend nach Uganda zu einem Gipfeltreffen der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen Afrikas.

Unsere Botschaft war, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden dürfen, dass es also für die M23-Rebellen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verbrechen begangen haben, keine Amnestie und keine Wiedereingliederung in die Streitkräfte geben darf. Danach reisten wir nach Goma, um uns von der Situation vor Ort ein Bild zu machen, und schließlich weiter nach Ruanda. Derzeit sind Martin und ich damit beschäftigt, Friedensgespräche in Kampala zu unterstützen, um diesen Konflikt zu lösen. Kommenden Montag werden wir gemeinsam auf einem Treffen der Staatshäupter dieser Region in New York sein. Dieses Treffen ist Teil des regionalen Aufsichtsmechanismus, um im, wie ich es nenne, »Rahmenprogramm der Hoffnung« weitere Fortschritte zu erzielen.

Ein kleines Stück UN-Geschichte schrieb Martin Kobler, als er den Truppenkommandeur anwies, die MONUSCO und ihre neue Eingreiftruppe an der Seite der kongolesischen Streitkräfte kämpfen zu lassen, um einen wichtigen militärischen Erfolg zu erzielen. Mut, Hingabe und klares Denken waren für eine solche Ent-



Mary Robinson

UN-Foto: JC McIlwaine

scheidung erforderlich. Dies wirkte sich auch positiv auf die Truppenmoral in Goma aus und stärkte das Ansehen der UN-Friedenstruppe. Es ist also durchaus angemessen, wenn Deutschland, anlässlich des 40-jährigen Jubiläums, die Führungsrolle eines Staatsbürgers, der im Auftrag der Vereinten Nationen tätig ist, mit Stolz würdigt.

Der Kernauftrag der Vereinten Nationen ist universell: jeder Konflikt muss behandelt werden und jeder Mitgliedstaat, sei er noch so klein und schwach, hat das Recht, gehört zu werden. Das heißt nicht, dass die Vereinten Nationen unfehlbar sind. Es gibt einige Bereiche, in denen die Vereinten Nationen die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllt haben. Es gab Situationen, in denen die Vereinten Nationen zu spät reagiert haben oder in denen sie sich, wenn sie intervenierten, nicht mit Ruhm bekleckerten.

Doch das mindert nicht ihre Relevanz oder Wichtigkeit. In den ersten Monaten meiner Amtszeit als Hohe Kommissarin für Menschenrechte hielt ich eine Rede in Oxford. Darin warf ich den Vereinten Nationen vor, bei der Verteidigung der Menschenrechte und der Forderung an die Mitgliedstaaten, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Menschenrechte zu schützen, die Orientierung verloren zu haben. Um mir selbst Mut zuzusprechen, entlehnte ich den Titel von Seamus Heaney: »Ergreife ihn, wie sich's gebührt!«

Deutschland übernahm eine wichtige Rolle innerhalb der Gruppe der Mitgliedstaaten, die eine UN-Reform anstrebten. Die Reformbemühungen zeigten durchaus Ergebnisse, doch sehr viel mehr bleibt noch zu tun. Die Leitungsstrukturen der UN knarzen und ächzen, und

* Mary Robinson ist die Sondergesandte des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen und ehemalige Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen. Die hier abgedruckte Rede ist eine Übersetzung der von ihr auf Englisch gehaltenen Rede im Rahmen des Festakts »40 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen« am 18. September 2013 im Auswärtigen Amt in Berlin, welcher gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen veranstaltet wurde. Übersetzung durch Monique Lehmann.

in den Augen vieler gelten sie als nicht mehr zweckdienlich. Sie spiegeln die geopolitischen Gegebenheiten der Gründerzeit der Vereinten Nationen wider. Vieles hat sich seitdem verändert.

Die Mitgliedstaaten tragen einen Großteil der Verantwortung für einen Wandel. Doch leider blockieren einige Mitgliedstaaten Reformen aus dem einen oder anderen Grund. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ich erinnere mich daran, wie unterbesetzt das Amt während meiner Zeit als Hohe Kommissarin für Menschenrechte war. Und doch lehnten es einige Mitgliedstaaten ab, die Ressourcen zu erhöhen. Sie brachten verschiedene Gründe dafür vor, doch die Vermutung lag nahe, dass sie eine genaue Überprüfung ihrer Menschenrechtsbilanz vermeiden wollten.

Die größte Errungenschaft der Vereinten Nationen aus meiner Sicht ist, was sie hinsichtlich der Normsetzung für Regierungen und Einzelpersonen erreichen konnten. Die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die beiden Pakte und die Übereinkommen über die Rechte des Kindes, gegen Folter, gegen Rassismus, für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, über die Rechte von Menschen mit Behinderungen – all diese Dokumente bleiben Kerndokumente, die die universellen Standards festlegen. Sie sind nicht nur rechtsverbindlich, sondern legen auch in bisher nie dagewesener Klarheit die Normen und Bedingungen fest, die menschliches Verhalten leiten sollten.

Der besondere Wert der normativen Vereinbarungen der Vereinten Nationen liegt in ihrer Reichweite. Sie decken eine Vielzahl an Bereichen ab wie Weltfrieden und internationale Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Umwelt und Arbeitsnormen, die Förderung und den Schutz von Menschenrechten sowie die Stärkung des Völkerrechts. (...)

Das kodifizierte UN-Völkerrecht hat heute nichts an seiner Bedeutung verloren. Es hat sich kein alternatives Modell einer Weltordnung herausgebildet, das die Charta der Vereinten Nationen ersetzen könnte.

Die Umsetzung der in den Übereinkommen enthaltenen Bestimmungen, vor allem jene bezüglich der Menschenrechte – sowohl die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch die bürgerlichen und politischen –, wird immer eine Herausforderung für die Vereinten Nationen bleiben. Regierungen mit einer schlechten Menschenrechtsbilanz werden sich stets dagegen wehren, vor den entsprechenden UN-Ausschüssen zur Verantwortung gezogen zu werden. Doch in vielen Fällen sind sie die einzigen Foren, in denen Regierungen Rechenschaft ablegen müssen. Aus diesem Grund schätzt die Zivilgesellschaft den normativen Rahmen der Vereinten Nationen und möchte, dass er umgesetzt wird.

Wollen die Vereinten Nationen weiterhin relevant und effektiv bleiben, so müssen sie sich der Geschwindigkeit der sich verändernden Welt anpassen und gleichzeitig ihren grundlegenden Idealen und Zielen treu bleiben. Neuere Entwicklungen, wie die Explosion der

Informationstechnologie, die Urbanisierung der Armut und die wachsende Weltbevölkerung – einschließlich des wachsenden Anteils älterer Menschen –, werden die Vereinten Nationen vor neue Herausforderungen stellen. Die Ausbalancierung der politischen und wirtschaftlichen Macht in der Welt wird den Druck erhöhen, zu einer strukturellen und institutionellen Reform zu gelangen.

Lassen Sie mich abschließend den Blick auf zwei große, miteinander verbundene globale Herausforderungen der Vereinten Nationen richten, die vor Ende des Jahres 2015 angegangen werden müssen. Besonders wichtig ist eine vorausschauende Führung Deutschlands für die Post-2015-Entwicklungsagenda, die im September 2015 verabschiedet werden wird, und für zuverlässige und faire Klima-Zusagen auf der Klimakonferenz, COP 21, in Paris vor Ende dieses Jahres. Diese beiden Themen sind untrennbar miteinander verbunden und ergänzen sich. Besonders deutlich wird dies, wenn Sie, und ich lege Ihnen dies eindringlich nahe, einen Ansatz der Klimagerechtigkeit verfolgen. Klimagerechtigkeit verbindet Menschenrechte mit Entwicklung und stellt somit einen Ansatz dar, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht, die Rechte der Schutzbedürftigsten gesichert und die Vor- und Nachteile des Klimawandels gleichmäßig und gerecht auf alle verteilt werden. Das Konzept der Klimagerechtigkeit stützt sich auf wissenschaftliche Informationen und erkennt an, dass ein gerechter Umgang mit den globalen Ressourcen notwendig ist.

Während die Arbeit an einer Post-2015-Agenda und an für alle Länder geltende nachhaltige Entwicklungsziele voranschreitet, muss in Rechnung gestellt werden, wie ungerecht und unverhältnismäßig sich der Klimawandel auf die Entwicklung in den ärmsten Ländern und Bevölkerungsgruppen auswirkt, welche für den Ausstoß von Treibhausgasen am wenigsten verantwortlich sind. Gleichzeitig muss darüber diskutiert werden, wie wir ein gerechtes Klimaabkommen erreichen, in dem sichergestellt wird, dass wir unter einer von den Mitgliedstaaten vereinbarten globalen Erwärmung von zwei Grad Celsius bleiben, oder besser noch unter einer Erwärmung von 1,5 Grad Celsius, die notwendig ist, um die Zukunft der kleinen Inselentwicklungsländer zu sichern. Deutschlands multilaterale Führung innerhalb Europas und weltweit wird bei diesen beiden großen Herausforderungen von entscheidender Bedeutung sein.

Deutschland ist ein wichtiger Akteur in den internationalen Beziehungen: Es ist das bevölkerungsreichste Land Europas, die stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents, ein Land, auf dessen Führung Europa schaut. Ich ermutige Sie, in vorausschauendem, multilateralem Geist dieses ›Schicksal‹ anzunehmen und zu gestalten.

Heute ist ein Tag zum Feiern. 40 Jahre solide Errungenschaften. Ich bin zuversichtlich, dass es gleichzeitig der Tag ist, an dem Deutschland seine Verpflichtung gegenüber den Idealen und Visionen der Vereinten Nationen für die kommenden Jahre erneuert.

»Ergreife ihn, wie sich's gebührt.«